

**Netzwerk Weitblick -
Verband Journalismus & Nachhaltigkeit e.V
WPSEU 139/2019**

Berlin, 17. Mai 2019

Frage 1:

- **Sind Sie / Ist Ihre Partei dafür, in der EU eine harmonisierte Besteuerung negativer sozialer und ökologischer externer Effekte vorzusehen, etwa eine Steuer auf Kohlendioxid?**

Antwort:

Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Wir wollen dafür Europas Industrie möglichst schnell klimaneutral und gleichzeitig wettbewerbsfähig ausgestalten und die Europäische Energieversorgung CO₂-neutral und bezahlbar sicherstellen.

Dafür sollten CO₂-Emissionen EU-weit sozial gerecht besteuert werden, um die Verursacher zahlen zu lassen und Investitionen in kostengünstige saubere Energie zu unterstützen. Das Europäische Emissionshandelsystem sollte zudem überarbeitet und an die heutigen Herausforderungen angepasst werden. In Deutschland sprechen wir uns für die Einführung einer CO₂-Steuer mit einem sozialen Erstattungssystem aus

Frage 2:

- **Sind Sie / Ist Ihre Partei für die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU in der Steuerpolitik, damit Steuersätze in der EU einheitlich festgelegt werden können, etwa für ökologische Ziele wie die Energiewende?**

Antwort:

Die SPD möchte mehr Handlungsfähigkeit in Steuerfragen und deshalb das lähmende Einstimmigkeitserfordernis abschaffen. Der Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze muss aufhören. Damit Europa in Steuerfragen gerechter wird, soll künftig die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs im europäischen Rat entscheiden. Die Lähmung durch einzelne Mitgliedstaaten die nur ihre Pfründe sichern wollen, muss aufhören. Außerdem muss das Parlament volles Mitspracherecht in Steuerfragen erhalten.

Für das informelle Treffen der 27 EU-Staats- und Regierungschefs am 9. Mai 2019 in Sibiu ('Rumänien) hat die Europäische Kommission am 29. April 2019 das Papier „[Europe in May 2019 – Future of Europe](#)“ vorgelegt. Das Treffen dient der Vorbereitung der Strategischen Agenda der EU für die nächsten fünf Jahre. Bitte beantworten Sie dazu folgende Fragen:

- Einleitend meint der Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, die Europäische Union stehe vor ihrer letzten Chance, den Europäern zu zeigen, dass die EU für sie arbeitet. Sehen Sie / Ihre Partei das ebenso?
- Die Kommission spricht von nennenswerten Fortschritten im Klimaschutz, in der Energiepolitik und in der Kreislaufwirtschaft und nennt weitere Ziele.

Frage 3:

- **Wie beurteilen Sie / Ihre Partei diese Fortschritte?**

Antwort:

Wir haben uns frühzeitig für eine Anhebung des EU-Klimaziels bis 2030 ausgesprochen. Mit dem Weltklimavertrag hat sich die EU außerdem verpflichtet, spätestens 2020 eine langfristige Strategie zur Minderung von Treibhausgasen bis 2050 vorzulegen. Die Kommission hat Ende 2018 einen ersten Entwurf veröffentlicht. Wie von uns gefordert, schlägt die Kommission darin vor, dass Europa bis zur Mitte des Jahrhunderts klimaneutral wird. Das heißt, dass spätestens in 2050 in der EU nicht mehr Emissionen ausgestoßen werden, als durch Wälder und andere Kohlenstoffsenken aufgenommen werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in den Plan auch Strategien aufgenommen werden, wie der Strukturwandel sozialgerecht gestaltet werden kann und dort aktiv wirtschafts- und industriepolitische Prioritäten gesetzt werden.

Mit der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie legt die EU verbindliche Ziele für den Anteil Erneuerbarer Energien am fest. Die Sozialdemokraten konnten sich gegen Widerstände in den konservativen Fraktionen und im Rat damit durchsetzen, das Ausbau-Ziel deutlich anzuheben. So sollen 32% statt ursprünglich 27% der europaweit verbrauchten Energie in 2030 aus erneuerbaren Quellen stammen. Dies betrifft den Stromsektor, aber auch den Wärme- und Verkehrssektor. Ein besonderer Erfolg der SPD ist, dass die Förderung von Palmöl als Biokraftstoff auslaufen soll. Von den konventionellen soll auf moderne Biokraftstoffe sowie auf Elektromobilität umgesteuert werden.

In den Jahren 2014 bis 2019 haben wir viel für Klimaschutz und die Förderung von alternativen Energiequellen erreicht. Allerdings haben wir noch viel mehr vor: Wir wollen auf europäischer Ebene den Klimaschutz nicht nur im Energiebereich, sondern auch in den Gebäuden, dem Verkehrssektor, der Industrie und der Landwirtschaft voranbringen. Dazu braucht es neben ehrgeizigen europäischen Zielen auch eine erfolgreiche Umsetzung im Alltag. Nötig sind Vorgaben für effiziente Geräte und Gebäudetechnik, Anreize für klimaschonendes energiesparendes Bauen, die Weiterführung des Energielabels, Fördermaßnahmen für Heizen mit erneuerbaren Energien, Forschungs- und Investitionsnetzwerke für weniger Emissionen aus Straßen-, Flug- und Schiffsverkehr sowie eine nachhaltige Flächen- und Waldbewirtschaftung. In den nächsten Jahren wollen wir die wirtschaftliche Entwicklung in der EU noch stärker an ökologischen und sozialen Zielen ausrichten. Neben politischen Strategien und Initiativen für einen fairen Strukturwandel wollen wir einen Fonds einrichten,

um betroffene Menschen beim Übergang zu einem neuen Wirtschaftsmodell mitzunehmen und soziale Härten zu vermeiden.

Frage 4:

- **Die Treibhausgase sollen in der EU bis 2030 um 40 % vermindert werden. Ist dieses Ziel ausreichend für Klimaschutz? Ist dieses Ziel erreichbar?**

Antwort:

Das 40%-Ziel ist ein ehrgeiziges und realistisches Ziel, dennoch setzt sich die SPD für eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45 Prozent Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990), sowie für das langfristige Ziel der Treibhausgarneutralität bis 2050 ein.

Diese Ziele sind erreichbar, dafür bedarf es aber einer Trendwende hin zu mehr erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz. Dafür will sich die SPD in der nächsten Legislaturperiode einsetzen.

Frage 5:

- **Das Maßnahmenpaket der EU, „Saubere Energie für alle“ (Clean Energy for All) fixiert zwei Ziele der Energiewende bis 2030: Den Anteil der Erneuerbaren Energien auf 32 % zu erhöhen, die Energieeffizienz auf 32,5 %. Sind diese Ziele ausreichend für Klimaschutz? Sind diese Ziele erreichbar?**

Antwort:

Das Paket "Saubere Energie für alle Europäer" beinhaltet insgesamt 4 Richtlinien und 4 Verordnungen, die den europäischen Energiemarkt fit machen sollen für eine europäische Energiewende bis 2030. Die Richtlinie für die Nutzung der Erneuerbaren Energien in der EU sieht ein verbindliches Ziel für 2030 von 32 Prozent erneuerbarer Energie vor und beinhaltet eine Überprüfungsklausel, die es ermöglicht, die Zielvorgabe im Jahr 2023 anzuheben. Die Energieeffizienz-Richtlinie sieht ein Energieeffizienzziel von 32,5 Prozent für 2030 vor und beinhaltet ebenfalls eine Überprüfungsklausel, nach der die Zielvorgabe im Jahr 2023 angehoben werden könnte.

Die ambitionierten Maßnahmen in beiden Richtlinien wurden maßgeblich von der S&D-Fraktion und den sozialdemokratischen Berichterstattern im Europäischen Parlament vorangetrieben. Beide Richtlinien sind Teil des Pakets "Saubere Energie für alle", die weitere Richtlinien und Verordnungen beinhaltet, die einen großen Beitrag für den Klimaschutz in der EU leisten. Ein Beispiel dafür ist die Reform des europäischen Strommarktes durch die Richtlinie und Verordnung über den Strombinnenmarkt. Dieses beiden Dossiers reformieren den Strommarkt und passen die technischen Regeln des Strommarkts sowie die Aufgaben und Pflichten der einzelnen Marktteilnehmer an den steigenden Anteil erneuerbarer Energien sowie an die zunehmende dezentrale Stromerzeugung an und ermöglichen so eine bessere Integration dieser Energiequellen.

Frage 6:

- **Steuern auf Energie können nach Ansicht der EU-Kommission die Energiewende unterstützen und zu einem nachhaltigen sowie sozial fairen Wachstum beitragen. Sehen Sie / Ihre Partei das ebenso?**

Antwort:

CO₂-Emissionen sollten EU-weit sozial gerecht besteuert werden, um die Verursacher zahlen zu lassen und Investitionen in kostengünstige saubere Energie zu unterstützen. Das Europäische Emissionshandelsystem sollte zudem überarbeitet und an die heutigen Herausforderungen angepasst werden.

Frage 7:

- **Welche Schritte und welche Maßnahmen sollten in der EU als Nächstes gesetzt werden, um Klimaschutz sowie grünes und inklusives Wachstum zu erreichen?**

Antwort:

Das Pariser Abkommen fordert von allen Vertragsparteien, ihre nationalen Beiträge zu überprüfen und nach oben zu korrigieren. Wir haben uns frühzeitig für eine Anhebung des EU-Klimaziels für 2030 ausgesprochen. Dabei wollen wir den Wandel hin zu einer klimafreundlichen Politik sozialverträglich gestalten und Umbrüche in besonders betroffenen Regionen und Sektoren begleiten. Außerdem wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und deutschen Industrie wahren, und gezielt klimaschonende Technologien fördern.

Das bedeutet vor allem, dass wir unsere Energiewende fortsetzen müssen. Das gilt für Elektrizität ebenso wie für Wärme und Kälte und den Mobilitätssektor. Wir wollen dabei beweisen, dass Gewährleistung der Energiesicherheit für einen industriellen Hightech-Standort und der Verzicht auf klimaschädliche Gase gleichzeitig möglich sind.

Wir wollen für eine moderne Mobilitätspolitik sorgen, die sozialen, ökonomischen und ökologischen Ansprüchen gerecht wird. Neben ambitionierten Grenzwerten wollen wir eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Antriebstechnologien und Produktionsprozesse.